

Die Mobilisierung läuft auf Hochtouren – und Spekulationen schießen ins Kaut. Der Deutsche Bauernverband (DBV) und der Verein »Landwirtschaft verbindet Deutschland« (LSV) haben eine Aktionswoche angekündigt: gegen die geplante Abschaffung des Agrardiesels und der KfZ-Steuerbefreiung für Land- und Forstwirte durch die Ampelkoalition (siehe Hintergrund). Stichtag für den »friedlichen und angemessenen Bauernprotest« ist der 8. Januar. Zum Auftakt wollen die Erzürrten dezentral demonstrieren, bundesweit. Eine Woche später dann der Abschluss mit einer Großdemonstration in Berlin.

Nicht nur Bauern machen mobil, auch Spediteure vom Bundesverband Güterverkehr und Logistik (BGL) kontra Mauterhöhung. Die »einzige Lenkungswirkung« eines höheren Wegegelds seien steigende Verbraucherpreise, hieß es seitens des BGL. In »sozialen Medien« kursieren ferner Aufrufe zu Neuwahlen, selbst zum Generalstreik. Eilig distanzierte sich der DBV »aufschärfste von Schwachköpfen mit Umsturzphantasien, die unsere Aktionswoche kapern wollen«. Der BGL zog nach und wandte sich gleichfalls entschieden gegen »einen möglichen Generalstreik«. Streiks, zumindest befristete, dürfte es aber in der zweiten oder dritten Woche des Jahres geben: durch die Lokführergewerkschaft GDL.

Bereits am 18. Dezember hatten Landwirte den Verkehr in der Hauptstadt mit bis zu 3.000 Treckern teils lahmgelegt. Werden die Streichpläne des Bundeskabinetts nicht restlos annulliert, würden Bauern allerorts präsent sein, »in einer Art und Weise, wie es das Land noch nicht gesehen hat«, versicherte DBV-Präsident Joachim Rukwied. Ein Ruf, den besonders Eilige schon erhört haben. In den Tagen vor und nach Weihnachten kamen in verschiedenen Städten schon zahlreiche Landwirte, aber auch solidarische Gastronomen und Metzger zu Kundgebungen zusammen. In Bayern etwa in Freising, Donauwörth, Würzburg, Kempten. Und nicht zuletzt am Samstagabend in Augsburg. Von einem kilometerlangen Zug Hunderter Vehikel und Tausender Demonstranten quer durch die Innenstadt berichtete die *Augsburger Allgemeine*.

Mehr als nur ein Strohfeuer. Entsprechend hektisch wirken die Agrarminister von Bund und Ländern. Am



Treckerfahrer in Rage und mit Demomotto: sachsenweite Blockaden von Autobahnzufahrten (Leipzig, 21.12.2023)

Bauern in Aufruhr

Mobilisierung zu Aktionswoche gegen Streichung von Agrarhilfen. Weitere Berufsgruppen solidarisieren sich. Linke Landwirte bei Protesten kaum präsent. **Von Oliver Rast**

Mittwoch voriger Woche hatten sie bei einer Videokonferenz das Aus für »Agrardiesel« und KfZ-Steuerbefreiung abgelehnt. Unisono. Bereits in dieser Woche wollen sich die Ressortchefs erneut zusammenschalten, um das weitere Vorgehen zu beraten. Wohl auch, um extra Zündstoff vor der Aktionswoche zu vermeiden. Das vermutet gleichfalls Agrarblogger Willi Kremer-Schillings im Gespräch mit jW. Mehr noch: Nähme die Ampel die Rotstiftbeschlüsse zurück, der Anlass des Aufruhrs wäre vom Tisch.

Ein taktischer Move. Zunächst zoffen die Koalitionäre indes weiter. Öffentlichkeitswirksam via X. Besonders in der Schusslinie: Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen), Ressortchef des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL). Ihm werfen Freie Demokraten vor, im vergangenen Sommer Subventionsstreichungen beim

Bundesfinanzministerium (BMF) ins Spiel gebracht zu haben. Belegen soll das ein Schreiben der BMEL-Staatssekretärin Silvia Bender. Darin werden »Vorschläge zur Überarbeitung der Agrardieselbeihilfe« erwähnt. Özdemirs nachträgliche Kritik an den Haushaltsbeschlüssen der Kabinettspitze sei bigott, meinte die Vizevorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Carina Konrad. Daraufhin reagierte Benders Kollegin Claudia Müller harsch: »Das ist schlicht gelogen!« Im Gegenteil habe Özdemir samt Stab auf Wunsch des BMF Varianten zum Umbau der Agrardieselbeihilfe geprüft – und letztlich verworfen. Müller zu Konrad: »Eine Entschuldigung wäre angebracht!« Die blieb bislang aus.

Sei's drum, die Dreierregierung hinterlässt einen zerzausten Eindruck. Nicht von ungefähr wird der Hashtag »dieampelkaputt« beim

Bauernprotest immer populärer. Auch das rot-weiß gestreifte Flatterband, das unterschiedliche Berufsgruppen verbinden soll. Nicht bloß symbolisch. Planspiel zu den Ampelplänen: Traktoristen bestellen keine Äcker, Trucker blockieren Verkehrsadern, Triebwagenfahrer bleiben im Lokschlupfen. Die Folge: der Kollaps.

Übrigens, wo sind denn linke Bauernverbände? Irgendwie dabei, mittels Statements. Martin Schulz, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), sagte jüngst: Die Streichliste komme in einer Situation, »wo viele Bauern bereits mit dem Rücken an der Wand stehen«. Deshalb der legitime Aufschrei. Und für die »Aktion Agrar« gehe es nicht nur um vergünstigten Diesel, sondern um viel mehr: um die Mobilisierung für eine Agrarwende – rasch und mit hoher Drehzahl.

Hintergrund »Agrardiesel« und KfZ-Steuer

Zwei Begriffe, ein Politikum: »Agrardiesel«, KfZ-Steuerbefreiung. Beides wollen die Ampelspitzen für Land- und Forstwirte streichen. Ersatzlos. Der Grund: Nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts Mitte November ist der Etat 2024 nichtig. Die Folge: ein tiefes Finanzloch von rund 30 Milliarden Euro. Deshalb muss auch im Agrarhaushalt des »grünen« Ressortchefs Cem Özdemir der Rotstift walten.

Im Jahr 2022 machten die Agrarsubventionen des Bundes knapp 2,7 Milliarden Euro aus. Fällt die Steuerbefreiung weg, werden rund 485 Millionen Euro »eingespart«. Der Steuerzuschuss für Sprit (»Agrardiesel«) schlägt mit zirka 440 Millionen Euro zu Buche. Bislang erhalten Bauern 21 Cent der 47 Cent pro Liter Kraftstoff rückerstattet. Unter dem Strich würden Landwirte mehr als ein Drittel der Agrarhilfen einbüßen. Und das bewegt sie zum Protest.

Heike Müller, Vizepräsidentin Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern, hat das für ihr Bundesland ausgerechnet: Es wären Jahressteuererhöhungen von zirka 50 Euro pro Hektar bzw. 5.000 Euro je Arbeitskraft. »Das ist also direkt einkommenswirksam«, sagte sie jW. Müllers Hinweis: Man kann eine Kuh nicht gleichzeitig melken und schlachten wollen.

Hinzu kommt: Es fehlt bei Schleppern an technischen Alternativen zum Verbrennerantrieb. Und eh: Traktoren sind Arbeitsgerät für Äcker und Grünland, die in der Regel nicht öffentliches Straßenland nutzen.

Besonders betroffen wäre der Ökolandbau. Die Bodenbearbeitung dort ist aufwendiger als bei konventionellen Betrieben, die Pflanzenschutzmittel wie Herbizide einsetzen. Ökobauern bekämpfen Unkraut mechanisch, fahren öfter als ihre Berufskollegen übers Feld. Kurzum, sollte die Streichliste der Ampel durchkommen, drohen neue Hofpleiten. (0f)

Wie prekär schätzen Sie die Lage vieler Höfe hierzulande ein? Und bringen die bislang vom Bundeskabinett geplanten Streichungen beim Agrardiesel und der KfZ-Steuerbefreiung sprichwörtlich das Fass zum Überlaufen?

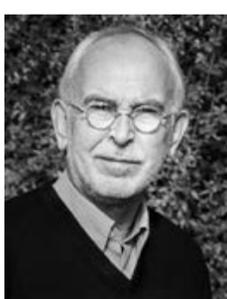
Die Frage stellt sich je nach Betrieb unterschiedlich, jedoch gilt für alle, dass es das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Wir haben ja nicht erst seit gestern mit immer höheren Auflagen, immer mehr Verboten und immer mehr Bürokratie zu kämpfen. Ende Dezember ist die »Sozialhilfe für Bauern« (EU-Agrarprämien, jW) überwiesen worden, die bei mir und in vielen anderen Betrieben rund 25 Prozent geringer ausfällt als im Vorjahr. Und dann kommt die Ampelregierung und will von den Bauern eine Milliarde mehr Steuern haben. Übrigens, ohne dass wir das in den Preisen weitergeben können. Ich denke, da kann man den Zorn verstehen.

Wie hoch ist aus Ihrer Sicht das Mobilisierungspotential der Bauern, auch im Vergleich zu den großen Protesten vor einigen Jahren?

»Den Zorn kann man verstehen«

Geplante Streichung von Agrarsubventionen betrifft alle Landwirte. »Trittbrettfahrer« bei Bauernprotest. **Ein Gespräch mit Willi Kremer-Schillings**

2019 war das erste Mal seit Jahrzehnten, dass die Bauern solidarisch waren. Damals war die Botschaft im Zusammenhang mit den grünen Kreuzen (Protestaktion mit Holzkreuzen auf Äckern und Feldern, jW) allgemeiner: Wir haben Angst um die Zukunft unserer Betriebe. Auch das ist heute wieder ein Grund, aber konkret geht es um die Steuererhöhungen, die ja unsere wirtschaftliche Situation direkt und konkret beeinflusst. Deshalb sehe ich jetzt auch Menschen, die mitmachen, die 2019 nicht dabei waren. Jetzt trifft es groß und klein, West und



Willi Kremer-Schillings ist konventioneller Landwirt, Agrarblogger als »Bauer Willi« und Buchautor
www.bauerwilli.com

Ost, bio und konventionell. **Spediteure wollen sich der Aktionswoche der Bauern anschließen. Passt das zusammen?** So wie ich das verstanden habe, wird die Maut um 85 Prozent erhöht. Eine Frage dabei ist, ob man das an den Kunden weitergeben kann. Wenn ja, wird es für alle Bürger in Deutschland teurer, weil schließlich alles irgendwie transportiert werden muss. Die Erhöhung der CO₂-Steuer ab Jahresbeginn trifft dann schließlich alle, die irgendein Fahrzeug bewegen und tanken müssen.

Landwirte und deren Proteste werden in bestimmten Medien als »rechts und reaktionär« bezeichnet. Wie sehen Sie das?

Sie sagen es sehr richtig: »in bestimmten Medien«. Lassen Sie mich konkret werden: Es sind die *Taz* mit Jost Maurin und die *Süddeutsche Zeitung*. Selbst *Spiegel* und *Focus* halten sich diesmal zurück, weil sie wohl erkannt haben, dass die Proteste berechtigt und eigentlich unpolitisch sind. Es geht um das Überleben der Betriebe. Dass man dies in stillen oder lauten Protesten tun darf, halten nahezu alle Medien für legitim. Aber wie immer gibt es leider auch diesmal wieder Trittbrettfahrer, die die Proteste für ihre Zwecke missbrauchen. Dagegen kann man sich kaum wehren. Ich halte es aber auch für wichtig, dass bei den Demonstrationen aller Art auf

Symbole und Aktionen verzichtet wird, die der Radikalität Vorschub leisten. Ein Galgen mit Puppen daran ist ein absolutes No-Go und die Mitdemonstranten sollten dies unterbinden.

Erwarten Sie, dass der Protest der Bauern schärfer wird? Und was könnte am Ende dabei herauskommen – etwa Neuwahlen?

Ganz ehrlich: Dazu habe ich keine Meinung und nicht einmal eine Idee. Es kann ja sein, dass die Ampelregierung bei ihrer angekündigten Zusammenkunft Anfang Januar ihre Beschlüsse zurücknimmt. Dann ist der Hauptauslöser für weitere Aktionen erst einmal vom Tisch. Was Neuwahlen angeht, so wird diese Forderung ja nicht erst seit gestern auch von der Opposition im Bundestag diskutiert.

Interview: Oliver Rast